



Staats- und  
Universitätsbibliothek  
Bremen

# **Staats- und Universitätsbibliothek Bremen**

**DFG Projekt Die Grenzboten**

## **Die Grenzboten**

**Berlin u.a., 1841 - 1922**

Braun, Karl: Ein Wort für den Hausfrieden in der liberalen Partei.

**urn:nbn:de:gbv:46:1-908**

zur Fortsetzung ohne große Mühe beschaffen lassen, und jeder neue Tag wird dem Volk zurufen, daß seine czechischen Erinnerungen identisch sind mit mannhaften Kämpfen für politische und religiöse Freiheit, während die deutsche Herrschaft mit dem Siege päpstlicher und absolutistischer Willkür und Knechtschaft zusammengefallen ist. Und jedes Wort das in Prag gesprochen wird, findet ein Echo, daß sich bis über die Karpathen hinüber nach Moskau und Petersburg fortsetzt und mit geringen Variationen außerdem in Ugram und Neusatz wiederholt wird. Das erste innere oder äußere Ereigniß, das auf die österreichischen Verhältnisse störend einwirkt, bringt die nächste Krisis in der böhmischen Frage, wenn diese sich ihr Recht nicht selbständig zu schaffen weiß. So tüchtige und wohlgeschulte Kräfte, wie die, über welche das Czementum zu verfügen hat, können nur von Gegnern niedergeworfen werden, die ihnen an Begeisterung, Energie und politischer Erfahrung ebenbürtig sind. Nach diesen sehen wir uns vergeblich um und die Hoffnung, daß deutsch-böhmischer Eifer für constitutionelle Uniformität den Sieg über den Fanatismus einer ganzen Race davon tragen werde, dürfte in den eingeweihten Kreisen die wenigsten Gläubigen finden. Wenn es auch übertrieben ist, was ein russisches Journal neulich behauptete, daß die böhmische Frage alle Aussicht habe, eine europäische zu werden — eine österreichische Existenzfrage wird sie sicher noch lange bleiben — wenigstens noch so lange, bis die Deutsch-Östreicher von ihren Feinden das Geheimniß der Macht derselben gelernt haben: Subordination unter die selbstgewählten Führer und festen, auf einen Punkt gerichteten Sinn und Willen.

### Ein Wort für den Hausfrieden in der liberalen Partei.

In dem vormalig naussauischen und jetzt preussischen Rheingaukreis (Rüdesheim) soll am 18. Juli für den Abgeordneten Wagner, welcher sein Mandat niedergelegt hat, eine Neuwahl zum Abgeordnetenhaus stattfinden. Es ist dies derselbe Wahlkreis, in welchem ich in den Reichstag gewählt bin. Aus dieser Veranlassung macht ein dortiger Stimmberechtigter in einem Artikel „Aus dem Rheingau im Juni 1868“, (Nummer 27 des in Berlin erscheinenden „Volksfreundes, Wochenschrift für Stadt und Land“) von seiner Stimme Gebrauch, um die heimischen Zustände zu schildern, wie sie sich seit der Einverleibung Naussau's gestaltet haben. Namentlich bespricht er die Begehungs- und Unterlassungssünden, die dort vorgekommen sind, meiner *Mei-*

nung nach im wesentlichen richtig. Zwischen ihm und mir ist nur der Unterschied, daß ich Alles das schon ein Jahr früher gesagt habe, nämlich in den „Vier Briefen eines Süddeutschen an den Verfasser der Vier Fragen eines Ostpreußen“, welche im Sommer 1867 in den „Grenzboten“ einzeln und dann im Herbst bei S. Hirzel in Leipzig als Broschüre erschienen sind. Wer in letzterer die Seiten 48 bis 70 nachlesen will, wird sich von der Richtigkeit meiner Behauptung überzeugen. Dieselbe Ansicht, welche ich dort ausgesprochen habe, ist von mir auch in dem Abgeordnetenhause vertreten worden, hier habe ich namentlich die in Nassau, jetzt Regierungsbezirk Wiesbaden, eingeführte schwerfällige Verwaltungsorganisation, die ganz übermäßige Zahl der Beamten, die Vielschreiberei, Vielregiererei und bureaukratische Bevormundung, die Ueberlastung mit indirecten Steuern u. s. w. einer scharfen Kritik unterzogen, wobei ich mich der ausdrücklichen Zustimmung des verehrten Abgeordneten Dr. Waldeck zu erfreuen hatte.

Jener Artikel „Aus dem Rheingau“ schließt mit einer Warnung an die Wähler, „keinen Landrath und keinen Regierungsbeamten oder Präsidenten, und keinen der von diesen vorgeschlagen wird oder von der Regierung abhängig ist, zum Abgeordneten zu wählen.“ Nach diesem mit dem Inhalte des Artikels selbst vollständig übereinstimmenden und sich in logischer Ordnung daran reihenden Schlusssatz folgt nun aber noch ein kleiner Additionalartikel, welcher lautet, wie folgt:

„Die Wähler dürfen aber den zu Wählenden auch nicht im Kreise derer suchen, welche über Recht und Freiheit des Volkes schöne kräftige und auch spaßhafte Reden halten, sich aber immerdar hüten, durch ihre Abstimmung der Regierung Verlegenheit zu bereiten.“

Ein Freund aus dem Rheingau schreibt mir, daß man diesen Passus des dort colportirten „Volksfreundes“ auf mich deute und daß man sich haß darob wundere, sientemal der Volksfreund laut seiner Einladung zum Abonnement der ganzen liberalen Partei dienen wolle und die auf seinem Titel als Herausgeber genannten Reichs- und Landtagsabgeordneten Dr. Röwe-Galbe, Parisius-Gardelegen und Wiggers-Berlin auch zur liberalen Partei gehören, ja Herr Wiggers mit mir persönlich befreundet sei und öfters gemeinschaftlich mit mir und als mein politischer Gesinnungsgenosse meinen Wahlkreis und meine Wähler besucht und mit den letzteren verkehrt habe.

„Wenn es,“ so schreibt mein Freund, „dem Volksfreund und denjenigen, welche in gleicher Richtung arbeiten, gelingt, den Zweck zu erreichen und in unsere (dortige) bisher einige und ungetheilte liberale Partei einen solchen Zwiespalt zu bringen, dann wird sicherlich der hochconservative Landrath gewählt. Denn dieser hat die Katholiken, die Particularisten und die Regierung für sich, wie überhaupt unsere Regierung mit der altnassauischen

Partei auf dem besten Fuße steht, ohne Zweifel in der sehr löblichen Absicht, deren Sympathien zu gewinnen. Freilich gewinnt sie dieselben nicht, sondern verscherzt nur diejenigen der Nationalen und trägt das ihrige dazu bei, die öffentliche Meinung zu verwirren und zu verbittern.“

Ich habe meinen Correspondenten über den eigenthümlichen Zustand, der in einem Theil der liberalen Presse herrscht, aufzuklären gesucht und ihm namentlich erzählt, daß während es nie vorkommt, daß eine conservative Fraction in der Presse die andere conservative Fraction und deren Mitglieder angreift, die liberale Presse oder wenigstens ein Theil derselben keinen höheren Beruf zu kennen scheint, als im Namen einer weiter vorgeschrittenen liberalen Fraction die Mitglieder der anderen minder weit fortgeschrittenen Fraction nach Kräften in den Augen des Publikums schlecht zu machen, daß die „Zukunft“ ihre Angriffe nicht etwa gegen Herrn von Blankenburg, sondern gegen Herrn Dr. Waldeck, die „Volkzeitung“ die ihrigen nicht gegen Herrn Wagener-Neustettin, sondern gegen meinen Freund Lasker und mich richtet u. s. w. mit Grazie in infinitum.

Ich werde nicht versuchen, meine Person gegen jenen Angriff zu vertheidigen. Darum handelt es sich nicht. Aber für die Gegenwart ist es nicht gleichgiltig, wie die verschiedenen liberalen Fractionen und deren Mitglieder sich überhaupt und namentlich in der Presse zu einander stellen.

Nun vermuthet ich, daß der Zusatz zu jenem Artikel nicht von dem Verfasser des Uebrigen herrührt, sondern daß er hier in Berlin hinzugefügt sei. Ich habe zu dieser Vermuthung folgende Gründe: Erstens machte sich der Volksfreund auch bisher schon öfters das Vergnügen, die Gelegenheit zu solchen Attacken gegen mich vom Zaune zu reißen und unter Nennung meines Namens dasselbe zu sagen, was er hier ohne Nennung meines Namens vorträgt. Zweitens paßt der Satz gar nicht zu dem Inhalt der vorhergehenden Auseinandersetzung. Drittens weiß im Rheingau Jedermann, daß ich gegen den königlichen Regierungspräsidenten in Wiesbaden schon in der ersten Zeit seines Dortseins über die Art, wie er die Jagdfrage und andere dortige Angelegenheit behandelte, in die schärfste Opposition gerieth. Der Verfasser des Schlusssatzes weiß dies aber nicht und hat vorausgesetzt, daß wer in Berlin wohnt, auch gar keine Ursache habe, sich darum zu kümmern. Drittens weiß der Verfasser, daß ich seine Ansichten theile und daß ich sie schon seit geraumer Zeit in der Kammer, in der Presse, namentlich in den Grenzboten und in der Kölnischen Zeitung, die deshalb sogar einmal — ich glaube im Juni 1867 — confiscirt wurde, und wo ich sonst Gelegenheit hatte, öffentlich und privatim geltend gemacht habe; warum also sollte er, während er sich mir conformirt, mich attackiren?

Endlich ist der Artikel selbst ruhig, sachlich und verständig geschrieben,

während man ein Gleiches vom Emblema nicht sagen kann. Das Schlußsätzchen ist vielmehr sehr persönlich und auch ein bißchen einfältig.

Wenn nun der Abgeordnete überhaupt gar keinen Beruf hätte, als „durch seine Abstimmung der Regierung Verlegenheit zu bereiten“, so könnte man auch den dümmsten und schlechtesten Menschen dazu brauchen; und man dürfte namentlich nicht einen Patrioten wählen, wie Herrn Löwe-Galbe, der die Regierung in Verfolgung ihrer nationalen Aufgabe so oft auf das Kräftigste unterstützt hat.

Wenn es für den Abgeordneten eine Sünde wäre, schöne und kräftige Reden zu halten, oder überhaupt Reden zu halten, so fielen dieser Vorwurf doch weit schwerer auf das Haupt des (den Volksfreund mit herausgebenden) Herrn Dr. Löwe, als auf das meinige.

Und wenn endlich spaßhafte Reden unstatthast wären, wie wollte Herr Parisius-Gardelegen die wirklich recht witzigen Ausfälle vertheidigen, die er während der letzten Sitzung einmal gegen den Professor Glaser richtete? Ich mache ihm keinen Vorwurf daraus. Ich habe öfters Lord Palmerston sprechen hören; er that es nie, ohne ein geflügeltes Wort, einen Scherz oder gar eine kleine lebenswürdige Malice einzuslechten. Was einem Palmerston an der Spitze der mächtigsten Regierung der Welt erlaubt war, sollte doch Herrn Parisius, der sich doch nicht in ganz so illustrier Position befindet, auch erlaubt sein; und deshalb nehme ich ihn hiermit ausdrücklich gegen seinen eigenen Volksfreund in Schutz.

Ich sage nur: sachlich ist jenes Sätzchen, wie so eben gezeigt, sinnlos. Bleibt also nur die persönliche Spitze; und da das Blatt einen liberalen Landtagsabgeordneten als Herausgeber und zwei liberale Reichstagsabgeordnete als ständige Mitarbeiter nennt, so dürfte es einiges Interesse haben, den Sachverhalt öffentlich zu constatiren und sine ira et studio dieses Symptom persönlichen Wohlwollens zu erörtern, welches mir erwiesen wird von dem Organ einiger Herren Collegen, mit denen ich, wenn ich mit ihnen zusammen im Land- und Reichstage sitze, in politischen Dingen sehr oft und in volkswirtschaftlichen beinahe immer übereinstimme, von dem Blatte eines Genossen, dem ich in der Volksvertretung sowohl als in der Presse in seinem Kampfe gegen die Mißstände von Mecklenburg so manches Mal getreulich beigestanden. Warum läßt er, während ich ihm in seinem Zweikampf mit den Grafen von Bassowik oder dem Geheimen Staatsrath von Müller (dem einzigen Manne im Bundesrath, der gegen die Gewerbefreiheit gestimmt hat) secundire, just um die selbige Zeit mich von seinem kleinen „Volksfreund“ meuchlings in die Waden beißen, was zwar nicht den Tod zur Folge hat, aber doch auch gerade keine angenehme Empfindung hervorrufft? Warum, frage ich, wollen diese Herrn Reichs- und Landtagsabgeordneten, diese aufrich-

tig liberalen Männer, daß in Rüdeshelm lieber ein hochconservativer Landrath gewählt wird, als ein liberaler und unabhängiger Mann, von welchem sie vermuthen, daß er derselben Fraction angehören würde, wie ich?

Es ist schwer diese Frage zu beantworten. Persönliche Gehässigkeit kann es nicht sein. Ich stehe persönlich mit den genannten Herren auf dem besten Fuße, und selbst wenn dies nicht der Fall wäre, so sind sie Gentlemen und würden ihren Gefühlen in anderer Form Ausdruck geben. Daher kann ich jenes Factum nur als Symptom eines dormalen noch allgemein, aber hoffentlich nur vorübergehend herrschenden Zustandes betrachten; und ich kann diesen Zustand nicht anders bezeichnen, als: In einem Theile der Presse grasirt wieder als Nebenant jener polemisch-dogmatische Zopf, durch welchen sich die literarischen Klopffechtereien der Theologen, Philologen und sonstigen scholastischen Alexandriner in Deutschland während der vergangenen Jahrhunderte auszeichneten. Wir stecken hier noch tief in dem Niederschlag, welchen das sinkende Mittelalter zurückgelassen. Wir müssen bemüht sein, uns auch hierin, wie dies bei anderen civilisirten Nationen längst geschehen, auf einen menschlich freien Standpunkt empor zu arbeiten.

Zu der Zeit, als man sich mit Leidenschaft jener Beschäftigung hingab, als das Publikum mit angehaltenem Athem lauschte, wenn sich zwei Gelehrte in Betreff des Pünktchen über dem I stritten, einander mit Abhandlungen, Brochüren, Octavbänden, Quartanten und Folianten bombardirten und einen Staub aufwirbelten, als handle sich's um Sein oder Nichtsein des heiligen römischen Reichs, — damals hatte die Nation eine Entschuldigung. Sie war politisch eine Null und hatte nichts zu thun; da sie aber auch damals doch den Drang zur Thätigkeit in sich fühlte und immer einen Hang zu Idealen trug, so gerieth sie auf jene Silbenstechereien und Haarspaltereien; und die Gewalthaber sahen das nicht ungerne. Denn während sich die Unterthanen solcher Gestalt durch Replirciren und Duplicirciren divertirten, thaten sie wenigstens nichts Böses und hinderten Niemanden zu regieren wie er Lust hatte.

Aber heutzutage ist das anders. Seit unserer politischen Wiedergeburt sind wir wieder auf dem Wege, eine Nation zu werden; und auf diesem Wege müssen wir rasch und fest voranschreiten, ohne das Ziel je aus dem Auge zu verlieren. Gerade die liberale Partei, die seit der Veröffentlichung von Paul Pfizer's „Briefwechsel zweier Deutschen“ und von dem Wasseremann'schen Parlamentsantrag in der badischen zweiten Kammer bis zu dem Abgeordnetentag von Pfingsten 1866 zu Frankfurt am Main, stets die Eintigung Deutschlands unter Preußens Führung gepredigt hat, darf sich der Mitwirkung am nationalen Neubau viel weniger entziehen, als irgend eine andere; jedenfalls aber weniger, als die conservative, welche erst seit den

großen Erfolgen von 1866 unter der Führung des aus ihren eigenen Reihen hervorgegangenen Staatsmannes zögernd und mit einigen Vorbehalten in die nationale Bahn eingelenkt ist und dabei, vom Parteistandpunkt aus betrachtet, nicht unerhebliche Opfer gebracht hat.

Wenn aber im Fortschreiten auf dieses Ziel die einzelnen Fractionen der großen liberalen Partei über untergeordnete Punkte einander in die Haare gerathen und der Streit stets nur hierüber führen, wenn diese Nebenpunkte stets in den Vordergrund geschoben werden, wenn man immer nur das betont, was trennt, nicht aber das, was vereinigt, wenn man sich fortwährend in kleine Fehden und Scharmüzel oder in burlesken Corps- und Landsmannschaftspaukereien zersplittert, wenn das Alles die Politiker vom Fach thun, wenn das am grünen Holze geschieht, — was soll dann am dürrn werden? Wie soll sich die Masse aufklären, wenn von den Führern Alles geschieht, um sie zu verwirren? Wie soll sie die Haupt-, Nicht- und Zielpunkte im Auge haben, wenn sie nichts sieht, als Streit über Nebensachen? Warum soll sie denn nicht endlich die Ueberzeugung gewinnen, daß es mit den liberalen Führern und folglich auch mit der liberalen Sache (denn die Masse unterscheidet nicht zwischen Person und Sache) nichts sei, da ihr dies ja täglich von liberalen Blättern versichert wird?

Tertius gaudet: Die Kreuzzeitung, die Norddeutsche Allgemeine und andere conservative Zeitungen können sich von Zeit zu Zeit das Vergnügen nicht versagen, spaltenlange Blumenlesen aus den liberalen Blättern der verschiedensten Schattirungen zu bringen, in welchen dieselben einander bis auf's Messer bekämpfen; und diejenigen Blätter, welche das „Borussiam esse delendam“ predigen, welche entweder die Restauration des legitimistisch-welfischen Kleinfürstenthums oder die Föderativrepublik oder auch beides zugleich verfolgen und daher Preußen vernichten wollen, weil es allerdings glücklicherweise für das Eine wie für das Andere ein Haupthinderniß ist, nehmen mit Genugthuung Act davon, daß in Norddeutschland sich der Liberalismus spaltet, je nachdem er mehr oder weniger national ist, und suchen den minder nationalen Zweig in die Alternative hinein zu manövriren, daß er entweder aufhören muß zu existiren oder anfangen muß antinational zu werden und direct oder indirect der Restauration des Welfenthums oder der Einführung der Föderativrepublik in die Hände zu arbeiten.

Hat aber die jetzige preußische Fortschrittspartei (nicht mehr identisch mit jener großen Vereinigung ad hoc, welche sich zur Confliktzeit so nannte) ein Interesse dabei, diesen Heckenkrieg fortzusetzen?

Am Körper des politischen Pferdes gruppiren sich rechts und links die verschiedenen Parteien, rechts und links von dem Reiter, der im Sattel sitzt und die Zügel führt. Unten am Bauche stoßen die extremen Richtungen bei-

der Parteien zusammen. Also gegenwärtig z. B. die radicale Republik und das legitimistische Welfenthum. Die Fortschrittspartei gehört selbst nicht zu diesen extremsten Extremen. Sie hat aber den letzteren gezeigt, wie man gegen gemäßigtere Schattirungen derselben Seite sichts; und dieselbe Kampfweise, die sie seit 1867 gegen uns anwendet, wird seit 1868 gegen sie selbst angewandt von denjenigen, die noch tiefer unten sitzen am Bauche des Pferdes. Auch ihr ruft man jetzt zu, sie müsse „weiter gehn, immer weiter gehn“, ohne zu bedenken, daß sie dadurch schließlich um das Pferd unten herum von der linken auf die rechte Seite rutschen würde. Denn ins Unendliche kann ja der endliche Mensch nicht gehn.

Ohne Zweifel sind diese Erscheinungen zum großen Theile nothwendige Folgen des für alle Betheiligten unangenehmen Uebergangszustandes, den man nicht mit Unrecht mit dem Marsche durch die Wüste verglichen hat. Aber was nützt es uns, die wir in das gelobte Land des deutschen Nationalstaats wollen, wenn wir unterwegs fortwährend verweilen und uns zanken? Alle die sich wieder zurücksehnen nach den Fleischtöpfen des Bundestags, oder die seitwärts abschwenken wollen zum Dienst des goldenen Kalbes „Föderativrepublik, die sich an die Schweiz anlehnt“ (die Schweiz selbst will nur freilich von dieser Anlehnung nichts wissen), Alle sollten darüber einig sein, daß es Männern unziemlich ist, in einer großen Zeit als kleines Geschlecht sich mit unsauberen Ketzerrichtereien zu beschäftigen.

Vor Allem aber ist es Aufgabe der liberalen Partei, den Schaden, den sie dadurch erlitten, daß sie 1866 in ihrer Masse die Nothwendigkeit des Krieges verkannte, wieder gut zu machen, indem sie wahrhafte Realpolitik treibt, daß sie ihr jeweiliges Ziel bemißt nach dem jeweiligen Umfange ihrer Kräfte, und daß sie anstatt Unbegrenztes zu erträumen oder zu fordern, Positives erstrebt und erreicht.

Berlin, den 7. Juli 1868.

Dr. Karl Braun.

### Wirthschaftliche Zustände Nordamerikas.

Die vielfach gehegte Hoffnung, daß der nordamerikanische Congreß noch in seiner jetzigen Session die Lösung seiner handelspolitischen Aufgaben energisch in Angriff nehmen werde, ist auf das bescheidenste Maß herabgedrückt worden. Wo die Leidenschaft fast unbestritten herrscht, da kann die zur Erörterung volkswirthschaftlicher Fragen unentbehrliche nüchterne Stimmung nicht zu ihrem Rechte kommen. Nichtsdestoweniger wird es auch jetzt nicht ohne